



Sehr geehrte Frau Abgeordnete/ Sehr geehrter Herr Abgeordneter

Wir möchten uns als „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland e. V.“ heute in dringender Angelegenheit an Sie wenden.

Das Europäische Parlament hat im Dezember die Entscheidung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Israel verschoben. Das hat die Möglichkeit zu wichtigen Konsultationen und Informationen, besonders im Lichte der Ereignisse der letzten Wochen und Tage gegeben.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) hat das wichtige Ziel politische und ökonomische Beziehungen zu Nachbarstaaten, jedoch auf der Basis gemeinsamer unveräußerlicher Werte zu entwickeln.

In der Politik sind dies die Beachtung der Menschenrechte und des Völkerrechts, das Bekenntnis zur Demokratie, die unbedingte Gesetzestreue als Rechtsstaat und die Einhaltung der Regeln für gutes Regieren. Israel hat diese Werte wiederholt eklatant missachtet und das unterminiert nicht nur die israelische Demokratie, sondern auch die ENP.

Wir möchten nur einige wichtige Beispiele anführen:

- Ein Land, das die Meinungsfreiheit propagiert, kann keine Jugendlichen und Minderjährige inhaftieren. Wir sprechen nicht alleine von den vielen palästinensischen Jugendlichen, die in endlosem „administrativen Gewahrsam“ gehalten werden, sondern auch von israelischen Schulabgängern - die *Shministim* – die sich weigern in der israelischen Okkupationsarmee zu dienen und die wegen ihres Gewissenskonfliktes eingesperrt werden.
- Ein Land, das Demokratie und Gesetzestreue propagiert, kann juristische Entscheidungen nicht einfach ignorieren. Wir sprechen nicht nur davon, dass die beratende Meinung des Internationalen Gerichtshofs nicht akzeptiert wurde, sondern über die vielen Entscheidungen des Obersten Gerichts von Israel, in denen der Verlauf der israelischen Sperrmauer für gesetzeswidrig erklärt wurde. Seit über drei Jahren demonstrieren die Einwohner des palästinensischen Ortes Bil'in wöchentlich friedlich gegen den Verlauf der Grenzanlage, die sie von ihren Feldern trennt und deren Verlauf vom Obersten Gericht Israels als rechtswidrig erklärt wurde – bisher nur mit dem Erfolg, dass die Demonstranten, denen sich auch israelische und internationale Friedensaktivisten angeschlossen haben, wöchentlich von der israelischen Armee mit Tränengas und Gummigeschossen beschossen werden. In dem Nachbarort Nil'in wurde bei einer ähnlichen friedlichen Demonstration am 26. Dezember 2008 ein Palästinenser getötet, ein zweiter erlag Anfang Januar seinen Verletzungen.
- Ein Land, dass gute Beziehungen mit seinen Nachbarn und dem Rest der Welt haben möchte, sollte mehr Respekt gegenüber Abkommen zeigen. Wir reden nicht nur über den Missbrauch des Assoziationsvertrages zwischen der EU und Israel die Produktkennzeichnung betreffend – sondern von der völlig unverständlichen Entscheidung die Okkupation noch zu verstärken, zu einer Zeit, da die ganze Welt bemüht ist einen Weg zu einem gerechten Frieden für beide Völker zu finden. Genau drei Tage nach dem Gipfeltreffen in Annapolis hat die israelische Regierung die Erlaubnis verkündet ca. 300 neue Wohneinheiten auf palästinensischem Land zu errichten. Im Jahr davor wurden etwa 1000 neue Wohneinheiten gebaut.

Wir sind uns mit Ihnen sicher einig darin, dass dies nicht Aktionen eines Staates sind, der die demokratischen Werte der europäischen Staaten auch für sich als gesetzt ansieht.

Wir wissen, dass viele Mitglieder des Europaparlaments unsere Betroffenheit über die von uns kurz beschriebene Situation teilen. Sie haben ja selber eine Erwiderung auf die Erklärung des Bürgermeisters von Jerusalem, die Siedlungen in der Umgebung der Stadt zu erweitern, befürwortet. Diese Expansionspläne, als E1 bezeichnet, sind einer friedlichen Lösung in so hohem Maße abträglich, dass selbst US Politiker, die für ihre fast bedingungslose Unterstützung Israels bekannt sind, opponierten.

Die „Europäischen Juden für Gerechten Frieden“ (European Jews for a Just Peace = EJJP) reisen regelmäßig nach Israel und in die besetzten palästinensischen Territorien, zweimal allein in diesem Jahr und auch als Beobachter zu den Wahlen in Palästina 2006. Dieser Brief basiert auf den Einsichten, die wir auf diesen Reisen gewonnen haben sowie auf Informationen von israelischen und palästinensischen NGO's und aus vielen offiziellen und öffentlichen Quellen. Wir sind sicher, dass dieses Thema in der nächsten Zeit in der EU eine große Rolle spielen wird.

Die Palästinenser konnten bisher kaum überzeugend ihre Aufrichtigkeit gegenüber Israel zeigen. Trotzdem kann nicht bestritten werden, dass Israels Bestehen auf vollendeten Tatsachen (facts on the ground) - z. B. den Ausbau der Siedlungen - das ebenfalls wichtige Vertrauen der Palästinenser in die nicht eingehaltenen Versprechen der Israelis beschädigt, nämlich einen lebensfähigen, unabhängigen benachbarten palästinensischen Staat zu ermöglichen. Ein solches Vertrauen zu schaffen ist sicher essentiell für die zukünftige Sicherheit Israels, was die Okkupation niemals erreichen kann. Es wäre aus unserer Sicht wichtig von Seiten der EU auf Israel Druck auszuüben internationales Recht und die Menschenrechte zu respektieren.

Sie sind in einer einzigartigen Position zu dieser weitreichenden Perspektive beizutragen, indem Sie zumindest Vorbedingungen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Israel stellen. Diese Bedingungen muss man im Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit der europäischen Prinzipien und Politik verstehen - sicher ein sekundärer aber nicht unwichtiger Gesichtspunkt. Die Interessen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) können auch effektiv dazu genutzt werden, um andere Staaten an die europäischen Werte heranzuführen – aber es bleibt eine Politik auf dem Papier, wenn Diplomaten, Minister und in diesem Falle Parlamentarier Entscheidungen durchgehen lassen, die Israel erlauben diese Werte zu ignorieren.

Der Punkt ist, nicht Israel zu bestrafen, sondern klar zu demonstrieren, dass Vorteile nur gewährt werden können, bei genauer Beachtung der Bedingungen für ein solches Abkommen. Sonst wäre sowohl die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) als auch die Prinzipien, auf denen sie beruht wertlos.

Jederzeit können wir Ihnen persönlich oder schriftlich weitere Informationen und Quellen für die genannten Fakten zur Verfügung stellen.

Wir hoffen, dass wir Ihnen hiermit wichtige Informationen für die im EU-Parlament anstehende Entscheidung geben konnten und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Ruth Fruchtman; Petra Mendelsohn; Michael Riese; Kate P. Katzenstein-Leiterer; Barbara Wolterstädt

(Vorstand der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost – EJJP Deutschland e. V.)

Berlin im Januar 2009